



Antrag

der Abgeordneten **Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner, Benjamin Nolte, Daniel Halemba, Christin Gmelch** und **Fraktion (AfD)**

**Sicherheit auf der Kreuzung St 2046 / ND 13:
Planung eines Kreisverkehrs unverzüglich beginnen –
hilfsweise Sofortmaßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit umsetzen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- umgehend mit der Planung eines Kreisverkehrs an der Kreuzung der Staatsstraße St 2046 mit der Kreisstraße ND 13 (Neuburger Straße / Rosenstraße) in Stengelheim (Gemeinde Königsmoos) zu beginnen und die hierfür erforderlichen planerischen und haushaltsrechtlichen Voraussetzungen unverzüglich zu schaffen,
- hilfsweise, bis zur Verwirklichung eines Kreisverkehrs unverzüglich zu veranlassen, dass
 - im Bereich der beiden Kreisstraßenäste das Piktogramm „Stoppschild“ auf der Fahrbahn angebracht wird,
 - auf der Staatsstraße St 2046 aus Richtung Wagenhofen das Piktogramm „50“ auf der Fahrbahn angebracht wird.

Begründung:

Die Kreuzung der Staatsstraße St 2046 mit der Kreisstraße ND 13 ist seit Jahren Gegenstand zahlreicher schwerer Verkehrsunfälle. Nach Auskunft der Staatsregierung ereigneten sich dort in den letzten fünf Kalenderjahren sowie bis zum 07.05.2026 insgesamt 18 Verkehrsunfälle, davon neun mit Sachschaden, vier mit Schwerverletzten und fünf mit Leichtverletzten. Als Hauptunfallursache wurde in elf Fällen das Nichtbeachten der Vorfahrtszeichen festgestellt; in zwei Fällen war nicht angepasste Geschwindigkeit unfallursächlich.

Die Unfallzahlen belegen, dass es sich nicht um einzelne Zufallsereignisse handelt, sondern um ein strukturelles Sicherheitsproblem. Besonders schwer wiegt, dass nahezu zwei Drittel aller Unfälle auf Vorfahrtsverstöße zurückzuführen sind und darüber hinaus wegen überhöhter beziehungsweise nicht angepasster Geschwindigkeit besonders viele Verletzte zu beklagen sind.

Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr Christian Bernreiter räumt selbst in einer Antwort auf eine Schriftliche Anfrage vom 03.06.2026 ein:

„Lange, gerade Strecken können sich unfallbegünstigend auswirken. Die Unfallauswertung zeigt jedoch, dass die Unfälle vorwiegend aus der Nichtbeachtung des Stoppschildes im Bereich der Kreisstraße resultieren.“

Zugleich hat die Staatsregierung erklärt, dass das Staatliche Bauamt Ingolstadt in der zweiten Jahreshälfte 2026 in die Planungen für den Umbau des Knotenpunktes einsteigen werde.

Der zuständige Abteilungsleiter des Staatlichen Bauamts Ingolstadt hat darüber hinaus gegenüber der Neuburger Rundschau (15.06.2026) bekanntgegeben, dass die Kreuzung erstmals in die nächste Dreijahreskarte zu Unfallhäufungsstellen in Bayern aufgenommen werde. Weiter führte er aus:

„Und wenn flankierende Maßnahmen nicht ausreichen, kommt man um eine bauliche Maßnahme nicht herum.“

Damit liegen inzwischen auch nach Einschätzung der zuständigen Straßenbauverwaltung die Voraussetzungen vor, den Knotenpunkt dauerhaft baulich zu entschärfen. Ein Kreisverkehr stellt hierbei die geeignetste Lösung dar, weil er die Fahrgeschwindigkeiten dauerhaft reduziert, die Vorfahrtsregelung vereinfacht und insbesondere schwere rechtwinklige Kollisionen weitgehend verhindert.

Bis zur Verwirklichung einer baulichen Lösung sind jedoch kurzfristig umsetzbare Maßnahmen erforderlich.

Staatsminister Christian Bernreiter hat hierzu selbst erklärt:

„Bei der letzten Sitzung der Unfallkommission wurde vorgeschlagen, im Bereich der Kreisstraßenäste das Piktogramm Stoppschild und auf der Staatsstraße (von Wagenhofen kommend) das Piktogramm 50 auf der Fahrbahn anzubringen.“

Da nach den Feststellungen der Staatsregierung die Unfälle überwiegend auf die Missachtung der Vorfahrt sowie teilweise auf nicht angepasste Geschwindigkeit zurückzuführen sind, erscheinen genau diese von der Unfallkommission vorgeschlagenen Maßnahmen geeignet, die Aufmerksamkeit der Verkehrsteilnehmer kurzfristig zu erhöhen und das Geschwindigkeitsniveau im Zufahrtsbereich abzusenken.

Die hilfsweise beantragten Fahrbahnpiktogramme entsprechen damit unmittelbar den Empfehlungen der Unfallkommission und den Erkenntnissen der Staatsregierung zu den maßgeblichen Unfallursachen. Sie sollten daher unverzüglich umgesetzt werden, bis der notwendige Umbau der Kreuzung zu einem Kreisverkehr abgeschlossen ist.